



Wir wollen mehr!

Mehr Lohn, mehr Lohngleichheit und mehr Schutz vor Lohndumping und Gratisarbeit: Die Löhne müssen endlich von der Hochkonjunktur profitieren, und die Lohndiskriminierung der Frauen ist zu beseitigen. Wir wehren uns gegen einen Abbau der Flankierenden Massnahmen und der Arbeitszeiterfassung. Denn beides sichert faire Löhne.

Die Reallöhne sind 2017 gesunken. Im Bauhauptgewerbe und in vielen anderen Branchen und Betrieben gab es über Jahre keine Lohnerhöhungen oder nur bescheidene individuelle Anpassungen und Einmalzahlungen. Auch aktuell sieht es schlecht aus: Trotz Hochkonjunktur zeigen die Unternehmen keine Lust, die Löhne endlich deutlich für alle Arbeitnehmenden anzuheben. Mit der anziehenden Teuerung droht für viele ein erneuter Reallohnverlust! 40 Prozent der Lohnungleichheit zwischen Frau und Mann sind unerklärbar. Das ist Lohndiskriminierung. Schon der erste Monatslohn nach der Lehre ist bei den Männern durchschnittlich 280 Franken höher als bei den Frauen. Und es geht ein Berufsleben lang weiter – mit entsprechend tieferen Altersrenten für Frauen.

Wir fordern, dass

- die Arbeitnehmenden jetzt von der Hochkonjunktur profitieren und die Löhne für 2019 um 2 bis 3 Prozent steigen – generell für alle!
- mit regelmässigen Lohnkontrollen die Lohndiskriminierung der Frauen bekämpft wird. Unerklärbare Lohnunterschiede sind sofort zu beheben, unkooperative Arbeitgeber zu bestrafen.

Syna unterstützt die bilateralen Abkommen mit der EU, auch die Personenfreizügigkeit – unter der Bedingung, dass Löhne und Arbeitsbedingungen in der Schweiz mit den Flankierenden Massnahmen effektiv geschützt werden. Diese sind für uns – wie auch für den Bundesrat – eine rote Linie. Mit einem konsequenten, autonomen Lohnschutz verhindern wir Lohndumping und setzen uns auch für ein soziales Europa ein. Den Abbaugelüsten der beiden FDP-Bundesräte wie auch neoliberaler Kräfte in Brüssel erteilen wir eine entschiedene Absage! Die Löhne müssen aber auch vor Gratisarbeit geschützt werden. Das Prinzip «Arbeitszeit gegen Lohn» muss für alle Arbeitnehmenden gelten. Die obligatorische Arbeitszeiterfassung, die heute dank digitalen Hilfsmitteln leicht umsetzbar ist, erträgt keine weiteren Ausnahmen.

Wir fordern, dass

- nicht die Arbeitnehmenden den Preis für unsere Beziehungen zur EU bezahlen. Die Flankierenden Massnahmen sind und bleiben eine rote Linie.
- die Arbeitszeiterfassung beibehalten wird. Der Bund hat allen Arbeitnehmenden eine kostenlose Applikation für eine gesetzeskonforme Arbeitszeiterfassung zur Verfügung zu stellen.